

Kantone als neues Elternzeit-Labor

Der Vaterschaftsurlaub wird klar, aber weniger deutlich angenommen als von den Befürwortern einer Elternzeit erhofft.

Christoph Bernet

Die Schweiz führt einen zweiwöchigen bezahlten Vaterschaftsurlaub ein. 60,3 Prozent und 16 Stände legten ein Ja in die Urne, Nein-Mehrheiten gab es in den Kantonen der Ost- und Zentralschweiz. Die Erleichterung bei den Befürwortern im Berner Café Effinger war zwar gross. Doch darunter mischte sich leise Enttäuschung: Aufgrund der letzten Umfragen hatten die Befürworter auf ein noch deutlicheres Ja gehofft.

Adrian Wüthrich, Ex-SP-Nationalrat, Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes Travail-suisse und treibende Kraft hinter der Initiative für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub, sieht seinen Kurs bestätigt: «Der Rückzug unserer Initiative zu Gunsten des Gegenvorschlags des Parlaments war richtig.» Die Initiative wäre mangels Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager wohl gescheitert: «Die breite Allianz für den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub war entscheidend.»

Ärger über Vorpreschen der «IG Elternzeit»

Diese Allianz dürfte mit dem gestrigen Abstimmungssonntag am Ende sein. Bei der Elternzeit ist kaum mit Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager zu rechnen. CVP-Ständerätin Andrea Gmür winkt ab: «Das ist kein Thema. Solange wir bei den Sozialwerken AHV, IV und der ALV Sanierungsbedarf haben, kommt ein weiterer Ausbau nicht in Frage.»

Anders tönt es bei SP, Grünen, GLP und dem Gewerkschaftsbund (SGB). Sie fordern in Communiqués, nun sei die Diskussion über die Einführung einer Elternzeit zu führen. Et was zurückhaltender zeigt sich Travail-suisse. Man werde in den nächsten Monaten klären, «welche Schritte in Richtung tragfähiger Familien- und Vereinbarkeitspolitik als Nächstes in Angriff genommen werden sollen.»

Kantonsresultate beim Vaterschaftsurlaub

	% Ja		% Ja
Aargau	53,3	Nidwalden	42,9
Appenzell Innerrhoden	34,7	Obwalden	41,8
Appenzell Ausserrhoden	45,6	St. Gallen	49,2
Bern	56,9	Schaffhausen	56,3
Basel-Landschaft	58,9	Solothurn	52,4
Basel-Stadt	71,6	Schwyz	42,0
Freiburg	67,8	Thurgau	49,2
Genève	79,4	Tessin	67,3
Glarus	43,3	Uri	43,0
Graubünden	51,8	Vaud	81,6
Jura	74,6	Wallis	60,5
Luzern	51,9	Zug	52,9
Neuenburg	73,6	Zürich	61,7

Den Verlautbarungen von links gemeinsam ist die Betonung der Notwendigkeit einer breiten Allianz. Der Hinweis ist auch eine Reaktion auf die Ankündigung der «IG Elternzeit», über welche die «Schweiz am Wochenende» berichtet hatte.

Die von den Gründern der Sammelplattform «WeCollect» ins Leben gerufene Interessengemeinschaft will der Bundeskanzlei im Dezember einen Initiativtext für eine 32-wöchige Elternzeit unterbreiten und ab Sommer 2021 Unterschriften dafür sammeln.

Uneinigkeit bei der Frage nach dem Modell

Mit ihrem Vorpreschen vor dem Abstimmungssonntag haben die Köpfe hinter der «IG Elternzeit» im linken Lager für Verärgerung gesorgt. Denn sie greifen der noch laufenden Diskussion über das richtige Modell vor. Ihre Initiative sieht eine Elternzeit von je 16 Wochen für Mutter und Vater vor. Bei der SP Schweiz hingegen geniesst ein Modell mit je 14 Wochen für Mutter und Vater sowie zehn flexibel aufteilbaren Wochen Elternzeit Sympathien.

Und der SGB denkt darüber nach, im Zuge der Elternzeit eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs von bisher 14 Wochen zu fordern. Noch am Sonntagabend warb die «IG Elternzeit» mit einer selbst in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage für ihren Weg: 63 Prozent der Befragten seien bereit, in 5 bis 10 Jahren eine Elternzeit einzuführen. Bei der Frage nach dem bevorzugten Modell sprechen sich 37 Prozent für je 16 Wochen für Mutter und Vater aus - eine relative Mehrheit.

Doch bevor schweizweit über die Elternzeit abgestimmt wird, kommt das Thema in einzelnen Kantonen auf den Tisch. In Zürich hat die SP bereits eine kantonale Elternzeit-Initiative eingereicht, in Bern und Luzern wurde sie lanciert. Gemäss dem Bundesrat sind kantonale Regelungen unzulässig - der Elternurlaub sei Bundesrecht. Der Zürcher Regierungsrat hingegen hat die SP-Initiative für gültig erklärt. Und der Regierungsrat des Kantons Bern prüft derzeit im Auftrag des Grossen Rats die Einreichung einer Standesinitiative. Sie würde vom Bund verlangen, den Kantonen die Einführung von weiterreichenden Elternzeit-Regeln zu erlauben.



Für die Befürworter einer Elternzeit ist das Ja zum Vaterschaftsurlaub nur ein Etappensieg.

Bild: Key

Kommentar

Die Tür zur Elternzeit ist einen Spaltbreit offen

Ein deutliches, aber kein berauschendes Ja: 60 Prozent der Bevölkerung wollen einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub - trotz coronabedingt düsterer Wirtschaftslage. Es ist ein Signal für eine zeitgemässere Gesellschaftspolitik und eine bessere Gleichstellung von Mann und Frau.

Die Befürworter einer weitreichenderen Elternzeit-Regelung hatten auf ein klareres Ja gehofft, um Rückenwind für ihr Anliegen zu erhalten. Ein

Übungsabbruch steht ausser Frage: Im Sommer 2021 soll die Unterschriftensammlung für eine Initiative für 32 Wochen Elternzeit starten. Ob eine dermassen weitreichende Initiative ein Volks- und vor allem ein Ständemehr findet, ist fraglich.

Doch bis sie an die Urne kommt, vergehen wohl mindestens fünf Jahre. Bis dann steht die Welt nicht still: In der Privatwirtschaft werden mehr Firmen ihren Angestellten

Elternzeit bieten, einzelne Kantone könnten mit Elternzeit-Regeln vorangehen. Das könnte dereinst den Weg für eine gesamtschweizerische Kompromisslösung ebnen.



Christoph Bernet
christoph.bernet@chmedia.ch

Warum die Umfragen täuschten

Urs Bieri vom Institut GfS Bern zu den Abweichungen, die sich vor allem bei den Jets zeigten.

Gemäss einer GfS-Umfrage war eine klare Mehrheit für Kampffjets. Es wurde aber sehr knapp. Warum?

Urs Bieri: Das vorläufige Schlussresultat ist 50,1 Prozent Ja. Die letzte Umfrage 19 Tage vor der Abstimmung ergab 56 Prozent Ja. Wir haben also eine Abweichung von 6 Prozentpunkten. Das ist langfristig gesehen ein Durchschnittswert. Es sieht dramatisch aus, wenn es von einem Ja zu einem Nein zu kippen droht, aber eigentlich sind solche Unterschiede normal und der dynamischen Entwicklung während eines Abstimmungskampfs bis am Schluss geschuldet.

Muss man nicht die Methoden überdenken?

Wir passen unsere Methoden ständig an, aber in diesem Fall haben unsere Messinstrumente funktioniert. Wir hielten bei der ersten Umfrage ein Ja von 58 Prozent fest, bei der zweiten es noch 56 Prozent. Es ist uns also gelungen, die Dynamik der Meinungsbildung abzubilden.

Wie kommt es zu einer solchen Dynamik?

Das liegt an der Meinungsbildung und der Mobilisierung. An diesem Abstimmungssonntag war vor allem die Mobilisierung entscheidend. Bei unseren Umfragen sagten 47 Prozent, sie

werden an die Urne gehen. Nun sind es 59 Prozent. Und diese zusätzlichen Abstimmenden machten auch die Unterschiede zu den Umfragen.

Warum gingen mehr Menschen an die Urne?

Es sieht so aus, als wären vor allem in den Städten mehr Menschen an die Urne gegangen. Dies hat nicht nur mit dem Vaterschaftsurlaub zu tun, sondern mit dem ganzen Vorlagen-Mix. Die klassische Anti-SVP-Koalition mobilisierte gegen die Begrenzungsinitiative, städtische Naturschützer wollten das Jagdgesetz verhindern und offenbar hat ganz am Schluss auch noch

eine Mobilisierung gegen die Kinder-Steuerabzüge Fahrt aufgenommen.

Welche Rolle spielte die Coronapandemie?

Der Coronafaktor hat mitgespielt. Wir sahen in unseren Umfragen, dass das Finanzielle wichtiger wurde. Wegen der drohenden Wirtschaftskrise dachten die Abstimmenden eher an eigene Portemonnaie und an das Budget des Staates. Das könnte entscheidend sein für die Stärkung des Neins bei der Kampffjetvorlage und auch für das deutliche Nein zu den Familienabzügen.

Interview: Pascal Ritter

Zürcher stimmen für Stadion, Aargauer gegen Schulpflege

Wichtige Abstimmungen in Kantonen und Städten.

Zürich Die Stadtzürcher sagen Ja zu einem neuen Hardturmstadion. Der Gestaltungsplan «Areal Hardturm-Stadion» kam mit 59,1 Prozent durch. Unterstützt wurde das Projekt von FDP und SVP und den Mitteparteien. Die linksgrünen Parteien, die in Zürich die Mehrheit haben, erlitten eine Niederlage. FCZ-Präsident Ancillo Canepa zeigte sich «überglücklich» über den Entscheid. Ein Ja gab es in Zürich auch zur Initiative «Sichere Velorouten für Zürich».

Aargau Die Schulpflegen werden im Kanton Aargau abgeschafft. 57 Prozent stimmten der

Bildungsvorlage zu. Eine Niederlage mussten Regierung und Parlament aber beim Energiegesetz einstecken. Hauchdünn lehnten die Aargauer das Gesetz ab - sie folgten damit der SVP.

Schaffhausen Die Wahl des Kantonsparlaments bestätigt die Trends der eidgenössischen Wahlen. Grüne und GLP gewannen. Die SP verlor, SVP und FDP blieben stabil.

Bern Als erste Schweizer Stadt wird in Bern die Offenlegung der Parteienfinanzierung eingeführt. 88 Prozent stimmten dem Gesetz zu. (wap/chm)